

Die in den §§ 1 und 2 genannten Förderungsmaßnahmen und Förderungsarten entsprechen einem flexiblen Konzept. Zum § 1 Absatz 2 - Maßnahmen zur Neugründung von bäuerlichen Familienbetrieben: Die Fraktion der Sozialdemokraten unterstützt dieses ausdrücklich. Wir sagen aber auch ganz deutlich, daß wir, wenn wir von Chancengleichheit sprechen, auch die Genossenschaften mit einbeziehen müssen.

(Beifall)

Denn, meine Damen und Herren, es ist doch so, daß, wenn wir von genossenschaftlichem Boden sprechen, wir von Privateigentum an Grund und Boden sprechen. Wir laufen Gefahr, mit der Übernahme der bundesdeutschen Gesetze die sich nun herausbildenden eingetragenen Genossenschaften steuerlich zu benachteiligen. Auch hier sind Förderungsmaßnahmen notwendig, denn selbst das beste Mittel bleibt unwirksam, wenn die finanziellen Mittel nur ein Tropfen auf den heißen Stein sind, denn dem Agrarhaushalt - wie heute schon mehrfach betont wurde - stehen für das zweite Halbjahr 1990 5,3 Mrd. DM zur Verfügung, 1991 9,1 Mrd. DM einschließlich, das möchte ich betonen, der Marktordnungskosten.

Wie bekannt ist, wären für den Haushalt nach Expertenberechnungen jedoch für den Haushalt 1990 7,1 Mrd. DM notwendig und für 1991 12,4 Mrd. DM erforderlich, um eine vernünftige Umstrukturierung unserer Landwirtschaft zu ermöglichen. Der Finanzbedarf erscheint durchaus nicht überzogen, da wir alle wissen: Die Landwirtschaft in der Bundesrepublik erhält mit einem intakten und bereits ausgewogenen EG-System jährlich über mehr als 25 Mrd. DM Förderungsmittel ohne die Marktordnungskosten.

Der zu geringe Finanzrahmen für die Landwirtschaft birgt die Gefahr in sich, daß im zweiten Halbjahr 1990 Genossenschaften und Betriebe der Landwirtschaft in erhebliche finanzielle Probleme geraten. Es geht uns Sozialdemokraten nicht darum, ineffizient wirtschaftende Betriebe durch Subventionen zu erhalten. Wir wollen eine aktive Politik der Anpassung erreichen. Dazu gehören ökologische Produktion, hohe Qualität, Neuordnung der Betriebsstrukturen sowie die Herstellung der Konkurrenzfähigkeit im EG-Bereich.

Besonderes Augenmerk legen wir auf die Entwicklung der Infrastruktur im ländlichen Raum. Um den Menschen, die aus der Landwirtschaft freigesetzt werden, neue Arbeitsplätze zu bieten, ist der Ausbau der Infrastruktur - sowohl des Tourismus, der Landschaftspflege und Umweltschutz - erforderlich. Auch hierfür sind Mittel bereitzustellen.

Die in der Landwirtschaft Tätigen sind in die Sozialversicherung von Renten-, Arbeitslosen- und Unfallversicherung voll zu integrieren. Dieses ist in diesem Gesetz vorgesehen. Dieses unterstützen wir ausdrücklich.

Nach unserer Auffassung ist eine frühzeitige Einbeziehung der Länder von entscheidender Bedeutung, da diese Probleme der Landwirtschaft über die Existenz der DDR weit hinausreichen werden. Die Länder werden sich in einem förderativen Deutschland mit den Problemen aus der Landwirtschaft weiter auseinandersetzen.

Im weiteren fordern wir auch, daß mit der 2. Lesung dieses Gesetzes unter anderem die Durchführungsbestimmungen vorgelegt werden, um schnell unter anderem mit dem Landwirtschaftsanpassungsgesetz unseren Betrieben die Möglichkeit zu geben, sich umzustrukturieren.

Wir bitten weiterhin um Überweisung in den vom Präsidium vorgeschlagenen Ausschuß sowie den Ausschuß für Umwelt, Naturschutz, Energie und Reaktorsicherheit. - Ich danke Ihnen.

(Beifall)

**Stellvertreter der Präsidentin Frau Dr. Niederkirchner:**

Danke schön. Als letzte Rednerin hat von der Fraktion der PDS das Wort Frau Abgeordnete Wegener.

(Bei CDU/DA Unruhe)

**Frau Wegener für die Fraktion der PDS:**

Das ist ja eine tolle Begrüßung hier.

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Das Hohe Haus befaßt sich mit der 1. Lesung des Fördergesetzes, mit einem Gesetz, auf das die landwirtschaftliche Praxis seit Wochen voller Ungeduld wartet. An dieses Gesetz knüpfen sich nicht geringe Hoffnungen, zumal für alle LPG, GPG und VEG ab 1.7.1990 mit dem stattfindenden Preisbruch die Fragen der Ökonomie und Rentabilität sich völlig neu stellen, und zwar bis hin zur teilweisen Bedrohung ihrer Existenz überhaupt.

Werte Abgeordnete! Ich mache hier nicht in Schwarzmalerei, aber ich lebe auf dem Lande, arbeite in der Landwirtschaft und kenne daher die Stimmungen und Sorgen der Bauern. Da aber das Parlament über den ökonomischen Hintergrund des zu behandelnden Gesetzes bisher nicht informiert wurde, möchte ich folgende Zusammenhänge darstellen. Zwar nannte Staatssekretär Dr. Krause in diesem Haus bereits einmal viele Zahlen zur Förderung der Landwirtschaft, leider waren aber nicht alle richtig, was in der Hitze des Gefechts sicher Vorkommen kann. Aber selbst wenn er damals die richtigen Zahlen genannt hätte, wären es heute längst nicht mehr die richtigen, denn der Rotstift hat seitdem ganze Arbeit geleistet. Immerhin wurde eine Milliarde D-Mark gestrichen. Ausgangspunkt ist, daß der Landwirtschaft dieses Landes nach dem Preisbruch, bezogen auf ein Jahr, rund 14 Milliarden D-Mark Nettowerschöpfung fehlen, um etwa das gleiche Niveau wie im Durchschnitt der Jahre 1988/89 zu erreichen.

Natürlich kann und will keiner alles beim alten belassen, d. h. Ineffizienz weiter mittels staatlicher Aufwandspreise zu tolerieren oder gar zu fördern. Deshalb ist es auch notwendig, den Berechnungen der Experten der Akademie der Landwirtschaftswissenschaften zu folgen, die meinen, daß rund 5 Milliarden D-Mark Effektivitätsverbesserung vor allem durch Kostensenkung gewissermaßen im ersten Zugriff erschlossen werden müssen. Das sind immerhin 36 Prozent der fehlenden Mittel, und trotzdem sind noch 9 Milliarden offen. Zur Verfügung stehen jedoch nur 4,5 Milliarden D-Mark, also lediglich die Hälfte der erforderlichen Mittel. Deshalb ist die in der Presse verbreitete Meldung, daß 20 bis 25 Prozent der Genossenschaften bereits im zweiten Halbjahr 1990 konkursgefährdet sind, mehr als ernst zu nehmen.

Angesichts dieser Situation komme ich nicht umhin, eine Bemerkung zum Auftreten des Herrn Staatssekretärs Dr. Krause und des Herr Ministers Klaus Reichenbach am 22. Juni 1990 in der Sendung „controvers“ des Deutschen Fernsehfunks zu machen. Ich erhielt dabei den Eindruck, als ob zwei Halbwissende wie bei einem Kamingespräch über lebenswichtige Fragen der Landwirtschaft plauschen. Letztlich geht es um mehr als um ein paar Reitbahnen und den ach so schönen Tourismus. Ich glaube, die Probleme sind zu ernsthaft, als daß man so mit ihnen umgehen könnte.

Zum Entwurf des Gesetzes selbst ist festzustellen: Er erfüllt die hohen Erwartungen in keiner Weise. Mir ist klar, daß in diesem Gesetz keine Detailmaßnahmen stehen können, aber so, wie es jetzt gefaßt ist, ist es weniger als ein Rahmengesetz. Es reicht eben nicht, die sechs Förderungsbereiche im Stile kurzgefaßter Überschriften anzuführen. Mindestens gehört zu einem Rahmengesetz das Nennen allgemeiner Rahmenbedingungen und Kriterien übergreifender Natur.

Auch mir ist unverständlich, warum im Gesetz ökologischer Landbau bzw. alternative Landwirtschaft überhaupt nicht erwähnt werden. Auch wird nichts zum Geltungsbereich des Gesetzes gesagt. Aus meiner Kenntnis geht es um die genossenschaftliche und einzelwirtschaftliche Landwirtschaft, während bisherige VEG bzw. künftige Domänen und Stadtgüter außer bei sozialpolitischen Maßnahmen ausgeklammert sind. Mit Wohlwollen habe ich vorhin die Äußerung unseres Ministers Pollack aufgenommen, wonach dieses Gesetz für alle landwirtschaftlichen Unternehmen gelten soll.

Nicht zuletzt halten wir es als Fraktion für wenig demokra-